

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Dorenstraße Nr. 20. Insetions-Gebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitspalt 1/2 Sgr.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau 1 Rthl. 15 Sgr. außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rthl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwei Feiertage.



Breslauer

Beitung.

N^o. 100.

Donnerstag den 10. April

1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 7. April, Abends 8 Uhr. Es heißt, daß der Präsident der Republik mit den Legationsschreibern wegen Bildung eines neuen Ministeriums in Unterhandlung getreten sei. Die Kommunal-Kommission hat beschlossen, die Maires-Wahlen durch den Gemeinderath und unter Mitwirkung der Hochbesteuerten bewirken zu lassen. — La Martine und Langueronniere übernehmen morgen die Redaktion des Pays. Der Procurator hat beantragt, die Prouer Compagnien vor die haute cour zu bringen.

Madrid, 2. April. Auf morgender Tages-Ordnung befindet sich die Schuld-Debatte.

Stettin, 8. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 31 1/2 bezahlt und Brief, pr. Juni 32 Brief. — Rüböl, 9 1/2, pr. Frühjahr 10 1/4 Brief. — Spiritus, 24, pr. Juni 23.

Samburg, 8. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen, fester. — Rüb-Del, 20 1/2, matt, pr. Oktober 21. — Kaffee, unverändert, mattes Geschäft.

Frankfurt a. M., 8. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 39 1/4.

Paris, 7. April, Nachmittags 5 Uhr. 3pEt. 57, 30, 5pEt. 92, 95.

London, 7. April, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. Confols pr. 11. April 96 3/4, 1/4; pr. 13. Mai 96 3/4. — Kornmarkt flau.

Liverpool, 5. April. 4000 Ballen Baumwolle umgekehrt. (Berl. Bl.)

Uebersicht.

Breslau, 9. April. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde beschlossen: nächsten Sonnabend die letzte Plenarsitzung vor den Osterferien zu halten. Hierauf giebt die Kammer, nach einigen Debatten, die von der Staatsanwaltschaft nachgeforderte Genehmigung zu der gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Hartort wegen dessen Bürger- und Bauernbriefes. Schließlich kommt das Gesetz, die Auflösung der Darlehnskassen und die Vermehrung der unverzinslichen Staatsschuld betreffend, zur Verhandlung.

Als Beitrag zur Geschichte der neuesten Verhandlungen, die deutsche Frage betreffend, theilen wir ein Circular-Schreiben mit, welches der frühere interimistische Ministerpräsident Ledenberg am 27. Nov. an die verbündeten deutschen Regierungen im ehemaligen Fürstentum Breslau erlassen hatte.

Gestern traf in Berlin ein Courier aus Wien von dem dortigen preussischen Gesandten mit Depeschen an den Ministerpräsidenten v. Manteuffel ein. Auf die österreichischen Beschlüsse über das preussische Ultimatum haben diese Depeschen schwerlich Bezug, da dasselbe erst am 7. April in Wien zur Verhandlung gezogen worden ist. Am gestrigen Tage hatte der Ministerpräsident Vortrag bei Sr. Majestät dem Könige.

In Frankfurt a. M. glaubt man, daß die Abreise des österreichischen Präsidialgesandten Thun nach Wien, um sich dort Instruktionen zu holen, nur ein Vorwand gewesen sei, er eigentlich nur dem erwarteten preussischen Bundesrats-Gesandten habe ausweichen sollen. Auch der sogenannte Bundesrat soll sich verweigert haben, um dem preussischen Bevollmächtigten die Gelegenheit zu nehmen, seine Vollmachten zu überreichen.

Unter Kassel theilen wir eine Schilderung der kriegsgerichtlichen Untersuchungen in Kurpfälzen mit. Auch die kurpfälzischen Soldaten haben die deutsche Kotarde ablegen müssen.

In Gottha sind am 5. April die Gebeulichen an die Schlacht bei Eckartsfürde den dabei beeheligen Militärs feierlich überreicht worden.

Am 5. April ist die Dauer des Landtages zu München durch eine königliche Hofschaff bis zum 8. Juni d. J. verlängert worden. In Oldenburg hat das Ministerium, wie neulich schon vorausgesehen wurde, seine Entlassung eingebracht. Sie ist angenommen worden. Aus Kiel wird berichtet: General Bardenhech beabsichtigt nach Kopenhagen zurückzugehen, weil er über die Art der Beerdigung des hochsteinschen Bundeskontingents mit den Bundeskommissären sich nicht vereinigen könne. — Von Kopenhagen ist der geb. Rath Freiherr v. Pechlin mit dem „Dobrotir“ nach Deutschland abgegangen.

In Paris beschäftigt man sich wieder mit Projekten: Die längst beabsichtigte Vereinigung zwischen den Orleansais und Legitimisten einerseits und den Legitimisten und Bonapartisten andererseits endlich zu Stande zu bringen. Auch müht man sich vergebens, ein definitives Ministerium zu bilden.

pen der Gültigkeit des Strafgesetzbuchs für die Fürstenthümer bis zum 1. Januar 1852, einen neuen Paragraphen, welcher bestimmt, daß die Gesetze über den Anfaß und die Erhebung der Gerichtskosten und über die Gebühren der Justizbeamten, der Rechtsanwälte und der Notarien, welche in denjenigen Landes- theilen gelten, in welchen die Allgemeine Gerichtsordnung maßgebend ist, ganz oder theilweise durch königliche Verordnungen eingeführt werden können.

Das Gesetz wird ohne Diskussion in der Fassung der Kommission, mit der der Justizminister sich einverstanden erklärt, angenommen.

Man geht zum dritten Punkte der Tagesordnung über, dem Bericht der Kommission für das Justizwesen über die bei der Kammer beantragte Genehmigung zu einer gegen den Abgeordneten Hartort auf Grund des § 17 der Verordnung vom 30. Juni 1849 während der Dauer der Sitzungsperiode einzuleitenden Untersuchung.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Wort.

Die Kommission beantragt, wie wir schon früher mitgetheilt, die Kammer wolle ihre Genehmigung dazu ertheilen, daß der Abg. Friedrich Hartort während der gegenwärtigen Sitzungs-Periode wegen der, nach der Annahme des Staatsanwalts bei dem Berliner Stadtgericht, in der Schrift „Bürger- und Bauernbrief“ enthaltenen Verstöße gegen § 17 der Verordnung vom 30. Juni 1849 zur Untersuchung gezogen werde.

Der Abg. Hartort bittet die Kammer, dem Kommissions-Antrage einstimmig beizutreten.

Abg. v. Winke findet den Kommissionsbericht unvollständig. Die Kammer müsse das Faktum, um deswillen die Untersuchung eingeleitet werden solle, vollständig kennen, weil sie beurtheilen soll, ob die Verfolgung keine tendenziöse sei. Dem Schreiben des Staatsanwalts habe ein Exemplar des „Bürger- und Bauern-Briefes“ beigelegt, und der Staatsanwalt habe behauptet, daß in demselben das Vergehen einer Aufreizung der Klassen der Bürger und Bauern gegen das „Junkerthum“ liege. Das „Junkerthum“ sei keine Klasse von Unterthanen, sondern ein Ausdruck, der ein Sammelmarium von Meinungen bezeichne, welchem allerdings eine Mehrheit von Personen anhängen. Eine Aufreizung gegen das Junkerthum sei also seiner Ansicht nach eine Unmöglichkeit und gehöre wenigstens nicht unter § 17 des Preßgesetzes. Die Kammer müsse, um zu beurtheilen, ob ein zu ahndendes Verbrechen vorliege, die Schrift kennen. Man habe gesagt, die Abgeordneten könnten die Schrift im Bureau lesen. Dies sei unmöglich, wenn man bedenke, daß 300 Mitglieder der Kammer zu diesem Zwecke nach einander in das Bureau gehen müßten. Man habe ferner gesagt, daß eine Verlesung des Bürger- und Bauernbriefes in der Kammer ihn zur Öffentlichkeit bringe. Allein das geschähe auch durch die öffentliche Verhandlung vor dem Schwurgerichte. Er müsse daher den Berichterstatter bitten, die Schrift in der Kammer zu verlesen.

Ferner sei ihm unklar, auf welchem Wege die Polizei hinter dem Rücken des Abgeordneten zur Kenntniß des Manuskripts gelangt sei, ehe einmal der Verleger es kannte. Es handle sich hier um die Ehre eines Abgeordneten, die Kammer müsse daher diese merkwürdige Thatsache erforschen, welche, wenn es sich um einen Privatmann handelte, eine Kriminaluntersuchung und Verfolgung hervorgerufen würde. Er habe auch hierüber eine Auskunft von der Justizkommission erwartet, zumal hierdurch eine so frühe Beschlagnahme der Schrift herbeigeführt sei, daß keine Verbreitung, also seiner Ansicht nach auch kein Preßvergehen vorliege.

Justizminister Simons: Er könne den Ansichten des Vorredners nicht beitreten. Es handle sich nur darum, die Verfolgung des Abgeordneten während der gegenwärtigen Sitzungs-Periode zu genehmigen. Der Abgeordnete habe die Kammer auf dem Standpunkte eines Tribunals stellen wollen; das sei aber die Stellung der Kammer nicht. Ueber die Verfolgung des Abgeordneten Hartort sei bereits ein Beschluß des Gerichts erfolgt, es gehe die Verfolgung also nicht von dem Staats-Anwalt einseitig aus, derselbe handle nur im Auftrage des Gerichts. Wenn der Abgeordnete gesagt habe, der Staatsanwaltschaft scheine ihm die Verfolgung vom Standpunkte des Junkerthums aus erhoben zu haben, so müsse er, falls dies ein persönlicher Angriff auf den Staatsanwalt sein solle, denselben gegen diesen ganz unbedingten Angriff in Schutz nehmen.

Abg. Wefeler stellt in Abrede, daß der Abg. v. Winke die Kammer auf dem Standpunkte eines Tribunals habe stellen wollen. Der Justizminister erwidert hierauf, daß dies allerdings aus der Debatte des Abgeordneten für Nachen hervorgehe, daß das Vergehen nicht unter § 17 des Preßgesetzes falle, daß keine Verbreitung vorliege u. s. w.

Abg. v. Bismarck-Schönhausen vergleicht die Rede des Abg. v. Winke mit dem Plaidoyer eines Vertheidigers, welches voraussetze, daß derselbe die Kammer für einen Gerichtshof ansehe, welcher über Schuldig oder Nichtschuldig entscheide. Wenn der Abgeordnete nicht wisse, was unter „Junkerthum“ zu verstehen sei, so wundere ihn das sehr, da dasselbe in den politischen Diskussionen oft genug vorkomme. Er dagegen verstehe das Wort Tendenzprozess nicht, denn jeder Prozess habe eine Tendenz, einen Zweck. Wenn der Abgeordnete endlich wissen wolle, auf welche Weise die Polizei in den Besitz des Manuskripts gekommen sei, so gehöre das nicht hierher, da es sich hier nicht darum handle, eine Verfolgung gegen irgend einen Polizeibeamten zu beschließen.

Der Abg. v. Winke nimmt nach einigen Erwidrerungen auf die vorhergehende Rede Gelegenheit zu erklären, daß er nicht glaube, gegen den Staatsanwalt, den auch er für einen Ehrenmann halte, eine Beschuldigung angebracht zu haben, welche zu einer so enormen Vertheidigung hätte Veranlassung geben können.

Der Abg. v. Bismarck-Schönhausen empfiehlt dem Abgeordneten für Nachen, um zur Klarheit über den Begriff des Junkerthums zu gelangen, die Schriften seines politischen Freundes Peter Minus. Wenn derselbe als Mandatar der Mitglieder der Kammer die Verlesung einer Schrift verlange, die er selbst jedenfalls kenne (Abg. v. Winke ruft „Nein!“), so möge er die Mitglieder selbst reden lassen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Scheerer nimmt der Abg. Simons als Berichterstatter das Wort. Die Verlesung des „Bürger- und Bauernbriefes“ könne die Kammer zwar

rechtmäßig verlangen, aber er halte sie nicht für notwendig und thunlich. Der Ausdruck Junkerthum sei nur in dem Schreiben des Staatsanwalts, nicht in dem Schreiben der Beschlüsse des Gerichts gebraucht. Ihm freilich scheine auch eine Aufreizung gegen die Klasse des „Junkerthums“ eben so unmöglich, wie etwa eine Aufreizung gegen das „Philisterthum.“ Es werde Niemand in Preußen geben, der sich zu dem „Junkerthum“ in Preußen zähle. Was die Art und Weise angehe, wie die Polizei in den Besitz des Manuskripts gekommen sei, so halte er sich nicht für berechtigt, mehr Mittheilungen zu machen, als der Bericht enthalte. Uebrigens beruhe die ganze Wissenschaft des Abg. Hartort nur auf mündlichen Mittheilungen einer anderen Person, und das Individuum, in dessen Hände das Manuskript gekommen, könne dasselbe auch freiwillig, ohne vorher beauftragt zu sein, an die Polizei abgegeben haben; die Kommission habe daher keinen Grund gehabt, auf diesen Gegenstand näher einzugehen.

Abg. v. Bismarck-Schönhausen: Wenn der Vorredner behauptet, daß Niemand sich unter die Kategorie Junkerthum zähle, so müsse er erklären, daß wenn der Bürger- und Bauernbrief oder Peter Minus, der politische Rechenmeister, von Junkerthum sprechen, er glaube, daß er und seine politischen Freunde darunter gemeint seien. Er und seine Freunde hofften aber, den Namen Junkerthum zu einem Ehrenname zu machen.

Nach einer Erwiderung des Abg. Simons, der behauptet, daß die Kommission und er dieses nicht gewußt habe, wird der Kommissionsantrag von der Versammlung genehmigt.

Die Staats-Minister von Ruumer und von der Heydt sind erschienen.

Man geht zum vierten Gegenstande der Tagesordnung über, dem Berichte der Kommission für Finanzen und Bölle über den Entwurf eines Gesetzes, die Auflösung der Darlehnskassen und die Vermehrung der unverzinslichen Staats-schuld betreffend. Berichterstatter ist geb. Finanzrath Pochhammer. Nach dem Entwurf der Regierung soll die Auflösung der Kassen der übrigen 3 1/2 Millionen bis zum 15. April 1854 ausgedehnt werden. Graf Cieszkowski will das Fortbestehen der Darlehnskassen auf noch drei Jahre verlängert, die Einziehung von 6 1/2 Millionen Darlehnskassenscheinen ausgeführt, die Geltung der übrigen 3 1/2 Millionen bis zum 15. April 1854 ausgedehnt werden. Er stellt die Folgen einer übermäßigen Emission von Papiergeld vor. Der Finanzminister vermahnt die Regierung jede außerhalb der Finanzfrage liegende Motive. Er empfiehlt den Vorschlag der Kommission in Betreff des terminus ad quem. Der Kommissionsantrag wird hierauf mit 278 gegen 5 Stimmen angenommen; eben so der von der Kommission abgelehnte Schlußsatz § 1 des Regierungsentwurfs: „die Einziehung der Darlehnskassenscheine findet nicht statt; die betreffende Bestimmung des § 18 des Gesetzes vom 15. April 1848 ist aufgehoben,“ mit 183 gegen 104 Stimmen.

(Schluß 3 1/2 Uhr.)

neuen Gemeindeordnung dargethan, daß derselbe 1) dem geistlichen Amte eine dem Wesen der evang. Kirche widersprechende hierarchische Bedeutung giebt; 2) die Glaubensfreiheit der Gemeinde, die Lehfreiheit der Geistlichen und die Union vernichtet und eine ganz neue Definition von der Kirche giebt, und 3) für die evangelische Gemeinde und die evang. Kirche einen völlig neuen Rechtsboden schafft.

[Ein Beitrag zur deutschen Frage.] Es wird nicht ohne Interesse sein, auch den Wortlaut eines für die Geschichte der letzten Zeit nicht unwichtigen Circulär-Schreibens kennen zu lernen, das Herr v. Ledenberg als interimistischer Ministerpräsident unterm 27. November 1850 an die verbündeten deutschen Regierungen der II., III. und IV. Kurie des Fürstentums gerichtet hat:

„Dem 2c. Staatsministerum wird die Eröffnung vorliegen, welche dem Fürstentum der Union hinsichtlich der gegenwärtigen Lage der Unions-Verhältnisse im Auftrage der Regierung Sr. Maj. des Königs, meines allergnädigsten Herrn, am 15ten d. M. durch den Vorlesenden gemacht worden ist. Bestimmte Rückäußerungen über den Inhalt dieser Eröffnung im Einzelnen haben die Unions-Regierungen — mit Ausnahme der großherzoglich-badischen — bis jetzt im Fürstentum noch nicht abgegeben lassen und sich nur darauf beschränkt, eine — zu meinem Bedauern noch nicht thunlich gemordene — baldige und umfassende Darlegung des augenblicklichen Standpunktes der Verhandlungen über die deutschen Fragen durch Mittheilung der zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien dieserhalb gewechselten Schriftstücke — als Bedingung ihrer weiteren in dieser Angelegenheit zu fassenden Entschlüsse — dringend und wiederholt zu beantragen. Vielleicht dürfte auch hierbei, wenigstens zum Theil, der Einfluß von Mißverständnissen vorwalten, denen die diesseitige Eröffnung vom 15ten d. M. allgemein zu unterliegen scheint. Zur pflichtmäßigen Beseitigung solcher Mißverständnisse, wo und wie sie vorhanden sein mögen, beehre ich mich, dem 2c. die nachstehenden Bemerkungen mitzutheilen.

1. Die königl. preussische Regierung hat, wie aus ihrem mehrerwähnten Eröffnungsprotokoll, dem Wiener Kabinet gegenüber ausgesprochen, Preußen werde als Unions-Vorstand die Unions-Verfassung vom 28. Mai 1849 nicht ins Leben führen und betrachte dieselbe seinerseits als vollständig aufgehoben, während deren definitives Aufgeben durch einen feierlichen Akt einseitig nicht in ihren Befugnissen liege und nur mit Zustimmung der mit ihr verbündeten Regierungen geschehen könne. Die hierin kundgegebene Ansicht ist eben nur Preußens Ansicht. Sie schließt nach seinem Verständnisse die richtige Erklärung und Erläuterung des bei den hiesigen Vorschlägen vom 8. October e. gebrauchten Ausdrucks, wonach die Verkündigung jener Verfassung unter den gegenwärtigen Verhältnissen „nicht ausführbar“ ist, beständig in sich, da sich eine Veränderung der gegenwärtigen Verhältnisse in Beziehung hierauf nicht absehen läßt. — Wer also zwischen Unausführbarkeit einer Sache und dem Aufgeben derselben unterscheidet, möge seine Meinung darüber frei ausprechen. Preußens eben angeführte Meinung ist — was hier zugleich notwendigerweise beantwortet werden muß — den übrigen Unions-Regierungen mit um so größerer Ruhe dargelegt worden, als Oesterreich gerade von dieser Deutung der Sache seine Zustimmung zu der, für die Erhaltung des Friedens so nöthigen Zusammenberufung „freier Ministerial-Konferenzen“ abhängig gemacht hatte.

2. Unleugbar ist die in Rede stehende preussische Deutung des Wortes „nicht ausführbar“ einen Einfluß auf die Verhandlungen vom 28. Mai 1849; demungeachtet aber erstreckt sich derselbe in keinerlei Weise auf den Bündnisakt vom 15ten des nämlichen Monats, der unanwendbar feststeht. Dieses Bündnis wird preussischer Seits als Fortbestand betrachtet und demgemäß behandelt werden.

3. Die Absicht der königl. Regierung geht dahin, sobald die angebahnten freien Ministerial-Konferenzen irgend ein feststehendes Resultat für die neue Konstitution des an sich fortbestehenden deutschen Bundes von 1815 dargeboten haben werden, die unierten Staaten aufzufordern, eine Gesamts-Verfassung in Vorschlag zu bringen und dieselbe mit ihm festzustellen.

4. Was die, hinsichtlich der deutschen Verhältnisse, sei es auf den freien Ministerial-Konferenzen oder sonst — künftig zu treffenden Bestimmungen anlangt, so wird Preußen für das ungetränkte Fortbestehen der Unionsstaaten entschieden eintreten. — Es ist zu hoffen, daß mit der 2c. förmliche Unions-Regierung, welche sich auf die diesseitige Eröffnung vom 15ten d. M. noch nicht definitiv erklärt haben, nach der gegenwärtigen, dieselbe näher erläuternden und ergänzenden Mittheilung, die gleichlautend und gleichzeitig an alle ergab, sich nicht länger behindert finden werden, ohne Weiteres in Betreff aller Punkte jener Eröffnung eine baldige zusammenfassende Entschlüsse zu fassen und darüber der königl. preussischen Regierung, sei es direkt oder im Fürstentum, Kenntniß zu geben.

Für den Fall eines unerwünschten Ausganges der ferneren Verhandlungen wegen friehlicher Lösung der Verwickelungen über die noch unerledigt gebliebenen deutschen Fragen schreitet inzwischen die Mobilmachung des preussischen Heeres unausgesetzt fort. Bei der zunehmenden Anhäufung von Truppenmassen, die an den süblichen Grenzen der preussischen Monarchie und einiger Unionsstaaten zusammengezogen werden, kann sich auch die Regierung Sr. Maj. des Königs nicht verhehlen, daß schon jetzt der Moment gekommen ist, wo die allgemeine Sicherheit der Union es erheischt, die disponibeln Militär-Kontingente der ihr angehörenden Staaten, damit sie sich nöthigenfalls im Anschlusse an preussische Heeresabtheilungen bei dem gemeinsamen Kampfe betheiligen können, in volle Kriegsbereitschaft zu setzen. Als Unionsvorstand richtet Preußen nunmehr an seine, in der Union mit ihm zusammenhaltenden Verbündeten die Aufforderung, sich mit der Mobilmachung ihrer dazu disponibeln Kontingente der Mobilmachung seines Heeres in der kürzesten Frist anzuschließen.

Insbefondere bin ich angewiesen, unter Bezugnahme auf dasjenige, was am Schluß der diesseitigen Eröffnung vom 15ten d. M. über gemeinschaftlich zu treffende militärische Maßregeln bemerkt ist, Namens Sr. Maj. des Königs, als Unionsvorstands, an die 2c. Regierung durch gefällige Vermittelung des 2c. Staatsministeriums die Einladung zu richten, binnen kürzester Frist die Mobilmachung des derselbigen Truppenkontingents an-

Preußen.
Kammer-Verhandlungen.
Zweite Kammer.
Siebenundfünfzigste Sitzung vom 8. April.
Präsident: Graf Schwerin.
Eröffnung: 10 1/2 Uhr.
Am Ministerische: Die Staatsminister v. Manteuffel, Simons, v. Stöckhausen, v. Rabe.
Das Protokoll wird verlesen und genehmigt.
Nach Erledigung der eingelaufenen Urlaubsgesuche 2c. zeigt der Präsident an, daß er beabsichtige, am Sonnabend die letzte Sitzung vor Ostern zu halten. Der Abg. Simons will erst am Dienstag vor Ostern die letzte Sitzung gehalten wissen. Bei der Abstimmung erklärt sich die Majorität mit der Absicht des Präsidenten einverstanden.
Hier Wahlen, über welche die zweite, dritte und siebente Abtheilung Bericht erstatten, werden für gültig erklärt.
Die Amendements Benzel und Simons werden in wiederholter Abstimmung angenommen.
Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Bericht der Kommission für das Justizwesen, betreffend den Gesekentwurf über die Gerichts-Organisation, das mündliche und öffentliche Verfahren mit Geschwornen in Untersuchungssachen und das Verfahren in Civilprozessen in den Fürstenthümern Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen.
Der Abg. Hartmann erstattet den Bericht. Die Kommission schließt sich im Wesentlichen an den Regierungsentwurf an und beantragt außer einigen Fassungsänderungen nur drei Zusätze von Erheblichkeit, die Hinzufügung der Depositalordnung in die in den Fürstenthümern einzuführenden Gesetze, die Zus-

setzung des § 17 des Preßgesetzes, die Hinzufügung der Depositalordnung in die in den Fürstenthümern einzuführenden Gesetze, die Zus-

setzung des § 17 des Preßgesetzes, die Hinzufügung der Depositalordnung in die in den Fürstenthümern einzuführenden Gesetze, die Zus-

setzung des § 17 des Preßgesetzes, die Hinzufügung der Depositalordnung in die in den Fürstenthümern einzuführenden Gesetze, die Zus-

ordnen und hierüber der k. k. Regierung Nachricht zukommen lassen zu wollen."

Berlin, 8. April. [Tagesbericht.] Se. Majestät der König gerufen heute Morgen 9 Uhr einen Vortrag des Ministers Präsidenten im hiesigen königlichen Schlosse entgegen zu nehmen.

In Schönau (Regierungs-Bezirk Koenigs) ist der geheime Legationsrath v. Küster zum Abgeordneten der zweiten Kammer gewählt worden.

Heute Morgen kam ein Courier von Wien mit Depeschen vom Grafen Bernstorff für den Ministerpräsidenten an. Dem Vernehmen nach werden Ihre Majestät die Königin Marie von Baiern gegen Ende der Woche ihre Rückreise antreten.

Im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten sollen heute Depeschen des Grafen v. Bernstorff aus Wien eingetroffen sein; dieselben werden indes nichts Entscheidendes über die österr. reichliche Antwort enthalten, indem, wie uns von zuverlässiger Seite her aus Wien berichtet wird, diese Antwort erst gestern (7.) daselbst Gegenstand einer Berathung gewesen sein soll.

Einen Antrag des Hrn. Harfort in Betreff der Banken hat die Kommission für Finanzen und Zölle modificirt dahin angenommen: „eine Kommission von 21 Mitgliedern zu ernennen, um unter Kommunikation mit der königlichen Staatsregierung zu untersuchen, ob die zur Zeit bestehenden Geld-Kredit-Institute des Landes dem gesteigerten Bedürfnisse eines rascheren und umfangreicheren Geldverkehrs entsprechen.“

Die Anwesenheit des Staatsministers a. D. Hrn. Uhden in Kassel soll von der Unterrichts-Verwaltung dazu benutzet worden sein, um die Uebernahme der Professur der Botanik bei der hiesigen Universität seitens des Professors Braun in Marburg vermitteln zu lassen.

Stettin, 7. April. Heute früh sind 2 Offiziere und 30 Mann der Marine von hier nach London gereist, um das dort neu erbaute Dampfschiff „Miri“ von dort hierher zu bringen.

Deutschland.

Frankfurt, 5. April. [Die Abreise des Grafen Thun] nach Wien giebt hier zu vielen Deutungen Anlaß. Man fragt sich: muß denn der Graf, um sich in Wien zu lassen, nothwendig nach Wien berufen werden? Man will die Nothwendigkeit davon nicht einsehen, man hält den angegebenen Zweck der Berufung nur für einen Vorwand und meint, der Graf sei dem zu erwartenden preussischen Bundestagsgesandten aus dem Wege gegangen, um nicht dessen Creditiv in Empfang nehmen zu müssen.

Kassel, 6. April. [Die Kriegsgesichte.] Deutsche Kolarde. Es ist wenig erfreulich, von hier aus nur über kriegsgerichtliche Untersuchungen berichten zu können, und doch dürfen dieselben nicht mit Stillschweigen übergangen werden, da sonst das Bild unserer trostlosen Zustände allzu mangelhaft bleiben würde.

München, 5. April. Durch eine königliche Botenschaft ist der gegenwärtige Landtag bis zum 8. Juni d. J. verlängert. Gotha, 5. April. [Gedenkenzeichen an Eckernförde.] Die Thron schon früher angeordnete Vereinerung des zur Erinnerung an die Schlacht von Eckernförde auf Befehl unsers Herzogs angefertigten Gedenkenzeichens ist am heutigen Tage erfolgt.

Hannover, 7. April. [Verschiedenes.] Nach längeren darüber gepflogenen Verhandlungen ist nunmehr die Reichsbatterie zu Bremerhaven an Hannover überlassen worden. Das Gerücht, der hannoversche Bundestagsgesandte, Staatsrath Detmold, werde abberufen und auf diesem Posten durch den früheren Bundestagsgesandten Hannovers, Herrn von Leube, ersetzt werde, entbehrt, nach Versicherungen von gut unterrichteter

Seite, allen Grundes. Staatsrath Detmold erfreut sich fortwährend des besondern Vertrauens seines Monarchen. (H. Bl.)

Oldenburg, 6. April. Rücktritt des Staatsministers. Wie wir eben aus zuverlässiger Quelle vernahmen, hat das gesammte Staatsministerium in unmittelbarer Folge des letzten Beschlusses und wohl auch in Rücksicht des ganzen Verhältnisses des Landtags schon gestern dem Großherzog seine Entlassung eingereicht, dieser solche auch bereits angenommen.

Kiel, 7. April. Es geht hier das Gerücht, daß General Wardenstedt beabsichtigt, nach Kopenhagen zurückzugehen, weil er sich nicht mit den Bundeskommissarien über die Art der Beibehaltung des holsteinischen Bundeskontingents vereinigen könne.

In Schleswig soll man durch die scheußlichsten Zustände, worin dort Kirche und Schule sich befinden, auf den Gedanken gekommen sein, freie Kirchen- und Schul-Gemeinden zu bilden, zu deren Vorsteher die vertriebenen Geistlichen und Schullehrer gewählt werden würden. Daß solchenfalls die Willkürliche Gewaltthätigkeit sich ins Mittel legen wird, kann Keinem zweifelhaft sein.

Die Beharrlichkeit, mit welcher die deutschen Kommissarien der Bundeswidrigen Forderung, die Aufnahme national-dänischer Offiziere in das zu bildende holsteinische Kontingent betreffend, entgegengetreten, hat bei allen Wohlgefinnten Anerkennung und Bewal gefunden. General-Lieutenant v. Wardenstedt wird daher in Betreff der definitiven Befestigung der niederen und höheren Kommandeurstellen sich auf solche Persönlichkeiten zu beschränken haben, die als geborene Holsteiner bekannt sind.

Kopenhagen, 6. April. Die heutige „Kjöbenhavnspost“ berichtet: mit dem Dampfschiffe „Dobrit“ sei gestern der geh. Rath Jeh. v. Pechlin nach Deutschland abgereist.

Oesterreich.

Wien, 8. April. Der k. k. Bundestags-Gesandte Graf Thun ist von Frankfurt hier angekommen. Eine längere Besprechung desselben mit dem Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg ließ einen Ministerstahl gestern zusammenetzen, der mehrere Stunden Berathung pflog.

Frankreich. Paris, 6. April. [Ministerkrise.] Fusion. Die Nationalgarde. Der, wie es schien, völlig aufgegebene Plan einer Fusion taucht von Neuem wieder auf und ist in einer bei Herrn Molé abgehaltenen Sitzung zur Reife gebracht worden.

Der Herr Guizot, welcher gleichfalls die Fusion energisch anstrebt, will jedoch von der projektirten Annäherung an das Gesetz nichts wissen, sondern will eine Fusion, in welcher die Deleats völlig aufgehen. Doch ist das entschiedene Hervortreten des Herrn Guizot der Sache überhaupt nicht weniger als förderlich, besonders seit dem Erscheinen des Bugeaudschen Briefes, aus welchem doch unwiderleglich hervorgeht, daß die Minister von 1848 alle nötigen militärischen Vorkehrungsregeln vollständig verabsäumt hatten, während ihre politischen Maßregeln die Aufregung der Bevölkerung zum Sieden brachten.

Der Herr Guizot, welcher gleichfalls die Fusion energisch anstrebt, will jedoch von der projektirten Annäherung an das Gesetz nichts wissen, sondern will eine Fusion, in welcher die Deleats völlig aufgehen. Doch ist das entschiedene Hervortreten des Herrn Guizot der Sache überhaupt nicht weniger als förderlich, besonders seit dem Erscheinen des Bugeaudschen Briefes, aus welchem doch unwiderleglich hervorgeht, daß die Minister von 1848 alle nötigen militärischen Vorkehrungsregeln vollständig verabsäumt hatten, während ihre politischen Maßregeln die Aufregung der Bevölkerung zum Sieden brachten.

Der Herr Guizot, welcher gleichfalls die Fusion energisch anstrebt, will jedoch von der projektirten Annäherung an das Gesetz nichts wissen, sondern will eine Fusion, in welcher die Deleats völlig aufgehen. Doch ist das entschiedene Hervortreten des Herrn Guizot der Sache überhaupt nicht weniger als förderlich, besonders seit dem Erscheinen des Bugeaudschen Briefes, aus welchem doch unwiderleglich hervorgeht, daß die Minister von 1848 alle nötigen militärischen Vorkehrungsregeln vollständig verabsäumt hatten, während ihre politischen Maßregeln die Aufregung der Bevölkerung zum Sieden brachten.

ihnen deswegen einen Vorwurf? Mein Gott, nein! Jeder hat es mit seinem Gewissen abzumachen, was er in so delikaten Verhältnissen zu thun habe. Aber nötig ist es, daß die öffentliche Meinung nicht getäuscht werde und etwa glaube, es seien die Forderungen von der Seite gekommen, wo sich nur die patriotischste Entfaltung fand.

Es ist nun die Rede von einer Kammervertagung auf vierzehn Tage während der Ostern, welche den Vorwand dazu hergeben sollen. Die Kammer würden sich den 12. d. M. trennen und sich am 28. wieder versammeln.

Im Ministerium verhandelt man im Augenblick sehr ernstlich mit der Nationalgarde. Der Gesetz-Entwurf, welcher die Basis dieses Instituts modifiziren soll, verrieth sichtlich die Schwankung zwischen Furcht und Hoffnung, der wir gegenwärtig zum Raube sind.

Großbritannien.

London, 5. April. [Industrie-Ausstellung.] Vorgehen wurde der Eintritt für Wagen und Karren geschlossen. Hunderte von Fuhrwerken drängten sich die beiden vorhergehenden Tage an dem West- und Ostende des Gebäudes.

Die Nationalgarde. Der, wie es schien, völlig aufgegebene Plan einer Fusion taucht von Neuem wieder auf und ist in einer bei Herrn Molé abgehaltenen Sitzung zur Reife gebracht worden.

Der Herr Guizot, welcher gleichfalls die Fusion energisch anstrebt, will jedoch von der projektirten Annäherung an das Gesetz nichts wissen, sondern will eine Fusion, in welcher die Deleats völlig aufgehen.

Der Herr Guizot, welcher gleichfalls die Fusion energisch anstrebt, will jedoch von der projektirten Annäherung an das Gesetz nichts wissen, sondern will eine Fusion, in welcher die Deleats völlig aufgehen.

Der Herr Guizot, welcher gleichfalls die Fusion energisch anstrebt, will jedoch von der projektirten Annäherung an das Gesetz nichts wissen, sondern will eine Fusion, in welcher die Deleats völlig aufgehen.

Der Herr Guizot, welcher gleichfalls die Fusion energisch anstrebt, will jedoch von der projektirten Annäherung an das Gesetz nichts wissen, sondern will eine Fusion, in welcher die Deleats völlig aufgehen.

thel des britischen Museums dem Besuche des Publikums geöffnet sein, und den Konfult und Gesandten werden Karten zur Verteilung an ihre Landbesitzer für den Besuch der großen Docks gegeben werden. Damit aber die Beamten in diesen ungeheuren Docks wissen, mit wem sie es zu thun haben, werden die Karten nach den verschiedenen Standesgraden verschieden gefärbt sein.

Provincial-Beitung.

Wreslau, 8. April. [Städtisches Pfandbrief-Institut.] Nachdem wir im vorigen Artikel die Prinzipien beleuchtet haben, nach welchen die Pfandbriefverleihung erfolgen soll, wollen wir heute auf die Ausführung des Projektes unsere Aufmerksamkeit richten.

Die Nationalgarde. Der, wie es schien, völlig aufgegebene Plan einer Fusion taucht von Neuem wieder auf und ist in einer bei Herrn Molé abgehaltenen Sitzung zur Reife gebracht worden.

Der Herr Guizot, welcher gleichfalls die Fusion energisch anstrebt, will jedoch von der projektirten Annäherung an das Gesetz nichts wissen, sondern will eine Fusion, in welcher die Deleats völlig aufgehen.

Der Herr Guizot, welcher gleichfalls die Fusion energisch anstrebt, will jedoch von der projektirten Annäherung an das Gesetz nichts wissen, sondern will eine Fusion, in welcher die Deleats völlig aufgehen.

Der Herr Guizot, welcher gleichfalls die Fusion energisch anstrebt, will jedoch von der projektirten Annäherung an das Gesetz nichts wissen, sondern will eine Fusion, in welcher die Deleats völlig aufgehen.

Der Herr Guizot, welcher gleichfalls die Fusion energisch anstrebt, will jedoch von der projektirten Annäherung an das Gesetz nichts wissen, sondern will eine Fusion, in welcher die Deleats völlig aufgehen.

Der Herr Guizot, welcher gleichfalls die Fusion energisch anstrebt, will jedoch von der projektirten Annäherung an das Gesetz nichts wissen, sondern will eine Fusion, in welcher die Deleats völlig aufgehen.

heil hierüber jedenfalls kompetent ist, und von welcher zu erwarten steht, sie werde einem solchen nächsten Unternehmen gewiß sehr förderlich werden.

Breslau, 9. April. [Christkatholische Angelegenheiten.] Bekanntlich wurde die „Christkatholische Ressource“ durch Abgeordnete der Polizeibehörde mit Hilfe von Militär im Januar und Februar d. J. wiederholt aufgelöst.

Auf die Vorstellung vom 3. d. M., betreffend die Schließung der Christkatholischen Ressource durch die Polizeibehörde, mit der Sie sich an das Staatsministerium, der Vorstand der Ressource, habe ich von diesem Bericht erfordert und über Anweisung des hiesigen Oberstaatsanwalts...

Breslau, 7. April. [Für die hiesige Christkatholische Gemeinde] war gestern ein wichtiger Tag. Mit dem Juli d. J. muß sie sich auflösen, ein Gast in der Armenhaus-Kirche zu sein...

Wie müssen noch auf einen andern Umstand aufmerksam machen, welcher, obwohl für die Zukunft betrübend, doch wohl ein bedeutender Antrieb sein dürfte, um die gegenwärtig noch gebotenen Gemüthe nicht zu verabsäumen.

Breslau, 9. April. [Benefiz des Herrn Ditt.] Herr Ditt, welcher heute aus Dresden zurückkehrt, wohin ihn ein schmerzlicher Ruf der Intendanz beschieden hatte...

Spontini braucht große Stimmen, um seinen künstlerischen Intentionen zu genügen, und glücklicher Weise gebietet unsere Oper jetzt über so bedeutende Mittel, daß sie vor keiner musikalischen Aufgabe zurückweichen braucht.

Nächsten Sonnabend tritt Frau von Strang, eine der berühmtesten und gefeiertsten Konzertfängerinnen unserer Zeit zum ersten Male auf. Dabey wird das Benedix'sche Preis-Kunstspiel...

Breslau, 9. April. [Theater-Nachrichten.] Die nächsten Tage verheißt ein wahres Uebermaß künstlerischer Gemüthe.

Breslau, April. [Eine Taschenspielerin], welche Frau Professorin Karoline Bernhardt, Bekkerin der (welcher?) Verdienst-Medaille für Kunst und Wissenschaft (!), genannt wird, hat angefangen, im blauen Fisch ihre Vorstellungen zu geben.

Breslau, 9. April. [Polizeiliches.] Der Schneider W., wegen Ankaufs gestohlenen Guts mehrfach angeklagt, wußte sich vor einigen Tagen aus der Untersuchungshaft zu befreien.

Breslau, 8. April. [Schleissische Gesellschaft für vaterländische Kultur.] Naturwissenschaftliche Section, vom 2. April. Hr. Professor Dr. v. Siebold machte auf die verschiedenen Widersprüche aufmerksam...

Ein anderer Umstand, der von vielen Zeitlern immer wieder zur Sprache gebracht wird, hat bis jetzt noch keine Erklärung finden können, daher die Wichtigkeit desselben auch noch immer bestritten wird.

von Individuen erzeugen, die unbefruchtete Brut hervorbringen. Diese letzteren Blattläuse enthalten keine eigentlichen Ovarien, sondern nur Keimbläschen. Man hat dieselben zum Unterschied der weiblichen Individuen, welche nur befruchtete Brut von sich geben können...

Ueberhaupt sprach Herr Dr. Siebold über die Töne, welche beim Ausströmen der Luft aus verschiedenen Oeffnungen entstehen. Er tritt ein Luftpfeifen aus einer in einer dünnen Wand angebrachten Oeffnung von beliebiger Gestalt und Größe, so entsteht kein Ton...

Breslau, 9. April. [Die diesjährigen Prüfungen der katholischen Pfarr- und Elementar-Schulen der Stadt Breslau finden an folgenden Tagen statt:] Den 12. April, Vormitt. 8 Uhr, Pfarrsch. zu St. Nicolai (Neue Kirche) Nr. 11;

Staatsanwalt: Meyer, Verteidiger: R. A. Fischer. Der Gerichtshof verurtheilt den Angeklagten Steinig, welchem sämtliche ihm zur Last gelegten Verbrechen nachgewiesen werden...

K. Gleiwitz, 8. April. [Auch eine Kunststrafe.] Wer die von hier nach Königshütte fuhrende Straße, und namentlich die Strecke von hier bis über Barze hinaus, in diesem Frühjahr nicht gesehen hat...

Man kann nicht weis, was man mehr bewundern soll, ob die Geburt des unglücklichen, bis auf den Tod gemarterten Thieres, das sich zu immer neuen Anstrengungen herbeiließ, oder die Geburt der Menschen, welche täglich solche Thierqualereien vor ihren Augen vor sich gehen sehen, ohne durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel sie zu verhindern zu suchen.

so ist es gewiß angemessen, über ihren so durchaus ungeeigneten Zustand öffentlich Klage zu führen.

* Trachenberg. Am 18. März wurde von der hiesigen Stadterordneten-Versammlung der bereits zum 4ten Male wieder gewählte Ratmann C. G. in Anerkennung und Hochachtung seiner Wüthigen untadelhaften Amtsführung, zum Stadtkämmerer ernannt.

Breslau. Der kontrolführende Magazin-Assistent Homburg ist von Schneiditz nach Olitz veretzt worden; desgleichen der Magazin-Assistent Gieck von Königberg nach Schneiditz; desgl. der Magazin-Assistent Richter von Posen nach Olitz; desgl. der Magazin-Assistent Ulrich von Köln nach Breslau...

Dem Kandidaten der evangelischen Theologie Erzbischof Thoma zu Striegau wurde die nachgelagerte Konzeption zur Erchtigung einer Privat-Unterrichts- und Erziehungs-Anstalt in Striegau ertheilt.

Breslau, 9. April. [Schwurgericht.] 1. Untersuchung wider den Diensthof Gottlieb Steinig wegen Straßenraubes, wiederholter Nothjudts-Veruche und wegen Diebstahls unter erschwerenden Umständen.

Der frühere Land- und Stadtrichter Buchwald zum Kreis-Richter bei dem Kreis-Gerichte zu Lublitz; der frühere Land- und Stadtrichter Rath Stork zum Kreis-Richter bei dem Kreis-Gerichte zu Döpn mit dem Titel „Kreis-Gerichts-Rath“; der bisherige Ober-Gerichts-Assessor Kremlow zum Kreis-Richter bei dem Kreis-Gerichte zu Döpn...

Man kann nicht weis, was man mehr bewundern soll, ob die Geburt des unglücklichen, bis auf den Tod gemarterten Thieres, das sich zu immer neuen Anstrengungen herbeiließ, oder die Geburt der Menschen, welche täglich solche Thierqualereien vor ihren Augen vor sich gehen sehen, ohne durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel sie zu verhindern zu suchen.

Mannigfaltiges.

(Berlin, 8. April.) Außer den in den letzten Tagen zum Vorschein gekommenen falschen Zweieuro-Geldern, sind in Berlin auch falsche Altsilberstücke im Publikum von ähnlicher Komposition wie jene Stücke, ohne daß man bisher den Verbreitern auf die Spur gekommen wäre.

fisches Vordell verkauft zu werden, freie Ueberfahrt, Kleider und Speise. Die Bekörden, die solche Unternehmungen wohl kennen und mit scharfer Auge bewachen, können selbst durch strenge Maßregeln dies Unwesen nicht gänzlich unterdrücken.

Der unangenehme Geruch des Hanjes, den Menschen unschädlich soll für die sich so stark vermehrenden Bieflingens-Spinnweblinge, deren Raupen durch ihre Menge und Gefräßigkeit oft sehr bedeutenden Schaden thun.

producirten Rohseifens betragen, nicht aber 25% des Wertes eines Centners Rohseifens in England. Am guten Willen fehlt es nicht, ja es giebt gute und industrie Fürsten bei uns, welche die Mittel gleich den belgischen Associationen und englischen Werken willig hergeben und auf Eisenfabriken verwenden.

In Actibus sind vorhanden: 1) 5 pCent. Priorit. Act. d. v. Schl.-M. Eisenw. 633 27 11 2) 4 pCent. polnische Pfandbriefe 1400 fl. 235 10 — 3) 3 1/2 pCent. Sparfabriker — 151 10 —

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 9. April. [Handelkammer.] In der gestrigen Sitzung wurde zunächst das Schreiben eines der Handelskammer nicht näher bekannten Mannes vorgelegt, in welchem derselbe es als fast unzweifelhaft anspricht, daß die Regulierung der Oder von Breslau bis Siedlitz durch Anwendung einer ihm eigenhändigen Methode der Räumung von Flüssen in einem Jahre für 500,000 Rthl. auszuführen sein würde.

Über die Benutzung der Hühnergase. [Dorotheenhütte bei Sagan, 5. April.] Mit Bezug auf die uns in der Breslauer Zeitung Nr. 78 gemachte Mittheilung d. s. Landobersg. D./S. im März, über die Benutzung der Hühnergase zum Betrieb der Dampfmaschine für die Gießmaschinen des Hühnerhutes zu Paulinenhütte — dem Hrn. Fürsten Sobolew gehörig — erlaube ich mir im Interesse der Eisen-Industrie einige Betrachtungen anzustellen.

Die Benutzung der Hühnergase ist etwas Neues und Bekanntes. Die erste Anwendung hiervon machte der königl. württembergische Berg- rath Hr. v. Faber zu Kour zu Wasserfallungen bei Aalen, und er- klärte schon im Jahre 1840 seine Veruche für geschlossen, für den Fall aber, daß es Jemanden convenire, sich seines Verfahrens zu bedienen, solle er sich dieselben mit ihm abfinden.

Breslau, 4. April. [Bescheidene Antwort und Rechtferti- gung.] Auf die bescheidene Anfrage in Nr. 40 des Breslauer Anzeigers erlaube ich mir die bescheidene Antwort zu geben, daß das fragliche Geschäfts- und Annoncen-Adressbuch aus folgenden Gründen noch nicht erscheinen konnte.

Einem Holzofen-Hochofen, dessen Anlage circa 30,000 Thlr. erfordert, betragen die ord. Zinsen 3 Egr. per Centner fabricirtes Rohseifen. Veranschlagt man hierzu das Betriebskapital für Holzstoh- len, Mineralien und fossilen noch einem Baarenlager nur auf 15,000 Thaler und die jährlichen Handlungskosten per circa 1,000 Thaler, kapitalisirt auf 20,000 Thlr., so beträgt dieses wieder 3 1/2 Egr. per Cent, mithin 6 1/2 Egr. per Centner Rohseifen ist, 25 Procent des Ver- kaufpreises in England. Eine Holzstohlen-Hochofen-Anlage sollte eigent- lich nicht die Höhe von 8,000 Thlr. übersteigen, und daher auch nur die billigste Kraft, nämlich die Wasserkraft benutzen, welches auch über- all geschieht.

Einem Holzofen-Hochofen, dessen Anlage circa 30,000 Thlr. erfordert, betragen die ord. Zinsen 3 Egr. per Centner fabricirtes Rohseifen. Veranschlagt man hierzu das Betriebskapital für Holzstoh- len, Mineralien und fossilen noch einem Baarenlager nur auf 15,000 Thaler und die jährlichen Handlungskosten per circa 1,000 Thaler, kapitalisirt auf 20,000 Thlr., so beträgt dieses wieder 3 1/2 Egr. per Cent, mithin 6 1/2 Egr. per Centner Rohseifen ist, 25 Procent des Ver- kaufpreises in England. Eine Holzstohlen-Hochofen-Anlage sollte eigent- lich nicht die Höhe von 8,000 Thlr. übersteigen, und daher auch nur die billigste Kraft, nämlich die Wasserkraft benutzen, welches auch über- all geschieht.

Inferrate.

Bekanntmachung.

In dem untern 21. Januar 1815 über die Ablösung der Bankgerechtigkeiten in Breslau ergangenen, durch das Amtsblatt veröffentlichten Regulativ sind die direkten Beiträge der ein sonst bankberechtigtes Gewerbe Betreibenden ausdrücklich als ein Theil der den Bankgerechtigkeiten-Ablösungs-Fonds bildenden Mittel bezeichnet.

Außerordentliche Versammlung des Kaufmännischen Vereins.

Donnerstag den 10. April, Abends 7 1/2 Uhr, im Café restaurant.

Bericht über die Wirksamkeit des unterzeichneten Vereins vom 1. November 1850 bis 31. März 1851.

Zur Einnahme kamen 1453 Thlr. 10 Egr. 9 Pf. Dazu gehören:

1) Der übertragene Bestand von 1849 a 50 mit	159	22	11
2) aus der Überschließ. v. Fördermännischen Stiftung	100	—	—
3) aus dem Nachlaß des Sräulein Hagelich	50	—	—
4) aus dem Nachlaß des Kaufmann Hrn. Riep	100	—	—
5) aus den Zinsen der Activis	23	3	—
6) aus den wohlthätigen Beiträgen-Sammlungen	1020	14	10
wie oben 1453 10 9			
Dazu wurden verausgabt 1187 Thlr. 7 Egr. 2 Pf.			
Zur Einnahme kamen 1453 Thlr. 10 Egr. 9 Pf.			
Ausgabe: 1187 — 7 — 2 —			
Bestand: 266 Thlr. 3 Egr. 7 Pf.			

Theater-Repertoire.

Donnerstag den 10. April. 10te Vorstellung des zweiten Abentheuers von 70 Vorstellungen. Zum Acte: „Eine Poste für die Original-Poste mit Gesang in 3 Aufzügen von F. Keller, Musik von M. Sebestien. — Zum Schluß: „Eine Brautfahrt.“ Komisches Divertissement in einem Acte. In Scene geht von E. Heusenau. Musik von verschiedenen Componisten.

Wenn ich diese meine Ansicht freimüthig ausdrückte, so habe ich hiermit der Wissenschaft in Bezug auf Benutzung der Hühnergase meine volle Achtung gewähren wollen; ich kann aber andererseits nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß sich hierbei das Wissenschaftliche mit Nutzen auf das Praktische übertragen ließe und dadurch die Bahn zu auch nur einem einzigen weiteren Schritte gebrochen sei, die Aufgabe der Zeit im Hühnergewerbe zu lösen. Ich bin überzeugt, daß es für unser Gewerbe andere Mittel giebt, der Konkurrenz des Auslandes die Spitze zu bieten und diese sind vor Allem:

Wenn ich diese meine Ansicht freimüthig ausdrückte, so habe ich hiermit der Wissenschaft in Bezug auf Benutzung der Hühnergase meine volle Achtung gewähren wollen; ich kann aber andererseits nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß sich hierbei das Wissenschaftliche mit Nutzen auf das Praktische übertragen ließe und dadurch die Bahn zu auch nur einem einzigen weiteren Schritte gebrochen sei, die Aufgabe der Zeit im Hühnergewerbe zu lösen. Ich bin überzeugt, daß es für unser Gewerbe andere Mittel giebt, der Konkurrenz des Auslandes die Spitze zu bieten und diese sind vor Allem:

Pr. R. y. z. F. 13. IV. 12. R. u. T. □ IV.

[409] Im blauen Hirsch, Dhlauer Str., heute Abends 7 Uhr: große außerordentliche Vorstellung von Frau Professorin Karoline Bernhardt. [424] Die Aufnahme der Angemeldeten in die höhere Bürgerschule z. heil. Geist erfolgt, soweit der Raum es erlaubt, Sonntags den 12. April, Punkt 9 Uhr. Kämp, Rektor. [613] Offener Gärtner-Posten. Ein unverheirateter Gärtner kann alsbald bei dem Dom. Plohe, Strehleher Kr., eine Anstellung finden.

Am 15. d. M. beginnt der Druck unweiblich, nachdem ich zuvor noch die mir bekannt gewordenen Wohnungs-Veränderungen des April-Immages im Manuscript berichtigt haben werde. Die Namen aller Derjenigen, deren Wohnungen bis zum 15. April noch nicht ermittelt sind, führe ich als Anhang zu den Wohnungen-Listen an. Deshalb lasse ich wiederholentlich hiermit meine frühere Aufforderung namentlich an alle Handwerker ergehen: mir entweder schriftlich ihre richtige Adresse mitzu- theilen, oder sich persönlich in meinem Comptoir zu überlegen, ob dieselbe richtig eingetragen ist.

Nach dieser Darlegung überlasse ich es den vernünftigen Einsicht der Verfasser der bescheidenen Anzeige zu beurtheilen: ob ich unter diesen Umständen im Stande sein konnte, das Geschäfts-Adressbuch zu ver- sprechen Zeit zu liefern. Sollte er es aber für möglich halten, die Hohenstein für kürzerer Zeit zu vollenden, so bin ich sehr gern bereit, ihm dieselbe für die Folge zu überlassen.

Daß es sowohl mir als den Abonnenten nicht angenehm sein kann, auf das Erscheinen des Buches so lange warten zu müssen, verheißt sich von selbst, indes da ich Umständliches einmal nicht möglich machen kann, so lasse ich mich genöthigt, die Nachsicht der gebrüder Abonnenten und Pränumeranten bis Mitte Mai in Anspruch zu nehmen. Ueberdies dürfte es in Breslau, so lange die betreffenden Be- hörden die Hausbesitzerhäuser oder deren Mieter nicht gesch- lich zur An- und Uebernahme der Wohnungs-Veränderungen verpflichten, wie dies in Berlin, Leipzig, Hamburg und vielen an- deren Städten der Fall ist, schwerlich Jemandem gelingen, das Adressbuch pünktlich erscheinen zu lassen. Ferdinand Behrend, Dhlauerstr. Nr. 79.

[471] Folgende anerkannt vortreffliche Schulbücher aus meinem Verlage erlaube ich mir den Herren Lehrern an öffentlichen und Privat-Schulen aufs Neue zu empfehlen: Geppert, Gutsche und Stübe, methodisch geordnetes Ausgabenbuch zum Unterricht im deutschen Styl. Für Volksschulen und die Elementarabtheilung der Gymnasien und Realanstalten. Zweite Auflage. 1. Thl. 5 Egr., 2. Thl. 7 1/2 Egr. Geppert, methodisch geordnetes Lehrgang zum Unterricht in der deutschen Sprach- lehre. Nach Dr. Beders Grundrissen für geordnete Volksschulen und die elemen- taren höheren Lehranstalten bearbeitet. 1. Thl. 5 Egr., 2. Thl. 7 1/2 Egr. Geppert, methodisch geordnete Übungen und Aufgaben zum Kopfrechnen. Mit be- sonderer Berücksichtigung der Rechenbücher von Morgenstern, Pichst und Somb- olds für Lehrer in Elementar- und höheren Lehranstalten bearbeitet. 1. Cur- s 5 Egr., 2. Curf. 5 Egr., 3. Curf. 5 Egr. Aufzählungen 7 1/2 Egr.; die 4 Hefte zu- sammen 20 Egr. Mische, Karl, kurze Anleitung beim Gesang-Unterricht in Handwerker-Vereinen. Nebst einer Sammlung von 100 vierstimmigen Männergesängen der besten Komponi- sten, enthalten: Gesellschafterlieder u. Chöre. Preis einzelne Expl. 20 Egr., in Par- tien von 25 Exempl. 15 Egr.

Montag, den 14. und Dienstag den 15. April von Vormittags 9 Uhr, und Nachmittags 2 Uhr an sollen Reichthümer Nr. 46, eine bedeutende Partie Eisenstahl und Kurzwaaren bestehend in verschiedenen Sorten Feilen, Schreibfedern, Umbölen, so wie viele zu dieser Branche gehörende Artikel gegen sofort baare Zahlung öffentlich versteigert werden. [361] Der Vorstand der königl. Darlehns-Kasse.

N u k t i o n. Mit einer Beilage.

Die neue Berliner Hagel-Versicherung-Gesellschaft

fahrt fort, die Versicherung der Feldfruchte gegen Hagelschaden zu festen Prämien, bei welchen durchaus keine Nachzahlung stattfinden kann, zu übernehmen...

Table with columns A, B, C listing agents in Breslau, Oppeln, and Liegnitz. Includes names like Herr Nuffer u. Co., Herr Jäckel, Herr Schubert, etc.

Direktion der neuen Berliner Hagel-Versicherung-Gesellschaft.

Bekanntmachung. Das zu Klein-Biadauschte im Kreise und Rentamts-Bezirk Trebnitz in dem Dorf-Anteil Barnike und 1/2 Meile von der Kreisstadt entfernte, an der alten Trebnitz-Sulauer Straße belegene, zu Johannis d. Z. pachlos werdende...

Auktion. Den 12. April, Vormittag 10 Uhr, sollen am Zeughaufe zu Brieg 2 vierspannige Oekonomie-Fahrzeuge, 1 zweieräderiger Medizintarren und 2 Heffelladen versteigert werden.

Gedrahtes Handbuch der Fremdwörter. Von Dr. Fr. Erdm. Petri. Dritte, tausendfältig bereicherte Auflage. Erste und zweite Lieferung.

Geschichte der Europäischen Staaten, herausgegeben von Seeren und Ufert, im Verlage von Friedrich Perthes von Hamburg.

Bei Graf, Barth u. Comp. in Breslau und Oppeln, bei Heege in Schweidnitz ist zu haben: Zur gesellschaftlichen Belustigung ist zu empfehlen: Carlo Bosco, das Zauber-Kabinet, oder das Ganze der Taschenspielerkunst.

Neue Leihbibliothek von J. F. Ziegler, Herrenstraße 20. Ich erlaube mir, meine sorgfältig ausgewählte und fortwährend vermehrte Leihbibliothek dem geehrten Publikum zur gefälligen Benutzung ergebenst zu empfehlen.

Table with columns for destinations: Oberschles., Berlin, Freiburg, Schweidnitz. Includes departure times and agents like Herr Nuffer u. Co., Herr Jäckel, etc.

Geschäfts-Eröffnung. Am heutigen Tage eröffnete ich unter der Firma Franz Grosse und Comp., Blücherplatz im ehemaligen Carl J. Schreiberschen Lokale, eine Tüll-, Spitzen-, Sticereien- und weiße Waaren-Handlung en gros u. en détail.

Miethzins-Quittungsbücher, das Stück 1 Sgr., sind stets vorrätig im Comtoir der Buchdruckerei von Graf, Barth u. Comp., Herrenstraße Nr. 20.

Sager's Hotel garni, Ohlauerstraße 75, (3 Etagen), empfiehlt sich dem reisenden Publikum zur besten Verpflegung.

Table titled 'Markt-Preise' showing prices for various goods like wheat, rye, and oil in Breslau on April 9, 1851.

Zu Johannis ist zu beziehen: 1 Wohnung im ersten Stock, von 2 Stuben, heller Küche und Zubehör, für 60 Rthl.

Börsenberichte. Breslau, 9. April. (Wittlich.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dufaten 95 1/2 Br. Raiserliche Dufaten - - - - -

Vermietungs- resp. Verkaufs-Anzeige. Das in der Nikolaistraße unter Nr. 63 und in der Neuen Weltgasse unter Nr. 41 belegene, dem Kinder-Hospitale zum heiligen Gebe gehörige Grundstück, soll im Wege der Licitation auf die Zeit vom 1. Juli 1851 bis zum 1. Juli 1854 vermietet oder auch verkauft werden.

Trauerbäume in großer Auswahl und verschiedene andere Gegenstände auf Graber, empfiehlt zu den billigsten Preisen: Ed. Monhaupt, Kunst- u. Handl.-Gärtner, Gartenstr. Nr. 6.

Offener Mühlen-Posten. Für eine amerikanische Mühle mit 5 Mehlgängen, in Desterreich gelegen, wird ein Obermüller und Mühlenbauer gesucht. Hierzu qualifizirte, mit den erforderlichen Mitteln versehene Individuen erhalten nähere Auskunft und mögen sich melden.

Ein Freigut von circa 300 Morgen, guten Gebäuden und vollständigem Inventarium ist zu verkaufen und erfahren Selbstkäufer das Nähere bei Eduard Wetter in Breslau, Junkernstr. 8. Brieft franco.

Messinaer Aepfelsinen und Citronen, im Ganzen wie Einzeln billigst bei F. W. Scheurich, neue Schweidnitzerstraße Nr. 7.

Auktions-Anzeige. Heute und folg. Tage wird Schweidnitzerstraße Nr. 1, im 1ten Gewölbe vom Ringe (geradeüber dem Bitterberghaus) eine große Partie Aufkündigungs, Tuche, Westen und sonstige Herren-Artikel meistbietend verkauft werden.